

KOMMENTAR Hansmartin Schmid über mögliche Verschiebungen im Dreieck Moskau-Peking-Washington

Pilgert Putin jetzt nach Peking?

A

Als im Jahr 1967 am innerasiatischen Grenzfluss Ussuri zwischen Rot-China und der Sowjetunion zwischen den Patrouillen der beiden kommunistischen Grossmächte Sowjetunion und China die ersten Schüsse fielen und das Zerwürfnis zwischen Moskau und Peking offensichtlich wurde, da erzählte die ganze Welt folgende Geschichte: Leonid Breschnew, der damalige Führer der Sowjetunion, sitzt in seinem Büro im Kreml. Da kommt sein wichtigster Mitarbeiter herein und sagt: «Genosse Leonid, auf dem Roten Platz sitzen 1000 Menschen und essen.» Breschnew antwortet darauf: «So lass sie essen.» Darauf kommt sein Mitarbeiter erneut und sagt: «Genosse Leonid, auf dem Roten Platz sitzen 10 000 Menschen und essen.» Breschnew sagt wiederum: «So lass sie essen.» Darauf bemerkt der Mitarbeiter: «Aber sie essen mit Stäbchen.» Jetzt soll Breschnew wie von der Tarantel gestochen aufgesprungen sein und sofort strengste Gegenmassnahmen befohlen haben.

Die Episode zeigt, dass damals auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges der Westen heilfroh darüber war, nicht mehr direkt mit einem monolithischen Block aus beiden kommunistischen Supermächten konfrontiert zu sein, die – zusammengescheisst wie Bruder und Schwester – mit ihren beiden Stimmen im UNO-Sicherheitsrat jeglichen westlichen Schritt mit ihrem Veto blockierten.

Jetzt, ein paar Jahrzehnte später, ist die Lage wieder labil. Schon Napoléon Bonaparte soll gesagt haben: «Wenn China erwacht, wird die Welt erzittern.» Und tatsächlich: China ist jetzt endgültig erwacht, wie der gewaltige Aufmarsch zur 100-Jahr-Feier der kommunistischen Partei und die markigen Worte der Staatsführung gegen jegliche Beeinflussung von aussen gezeigt haben. Weniger selbstbewusst wirkt da Russland, das ehemalige Kernland der Sowjetunion, obwohl sich gerade Wladimir Putin im Glanze seiner nach wie

vor bedeutsamen Atomrüstung und seiner Popularität im Volk sonnt. Dass er zum Genfer Gipfel mit Joe Biden gekommen ist, obwohl dieser ihn einmal als «Killer» bezeichnet hat, beweist, wie viel Wert er angesichts der Kritik aus dem Westen und aus dem Innern auf die Anerkennung der russischen Weltmacht-Rolle legt. In seiner Sicht ist er selbstverständlich zufrieden damit, dass bei solchen Treffen auf allerhöchster Ebene China aussen vorbleibt.

Trotzdem wird jetzt immer deutlicher, dass es auch Biden am Genfer Gipfel vor allem um eines ging: Putin in seiner geliebten Rolle als Weltenführer zu bestätigen und zu verhindern, dass er sich angesichts seiner Schwierigkeiten doch trotz allem wieder China zuwen-

det. Oberstes Ziel der Aussenpolitik der Administration Biden ist offenbar zu verhindern, dass aus dem gegenwärtigen Grossmächte-Dreieck Washington-Moskau-Peking wieder eine zweigeteilte Welt aus den beiden Achsen USA-Europa und Russland-China wird.

Ganz zu Beginn seiner Amtszeit hat ja Biden gegenüber Russland einen sehr harten Kurs eingeschlagen. Erstens, weil er sich wie immer deutlich von der Politik von Donald Trump absetzen wollte, dem allzu grosse Nähe zu Putin vorgeworfen wurde, allerdings ohne Beweise. Und zweitens, weil Biden sich wieder mehr den Europäern zuwenden will. Und diese Europäer haben wegen der Krim und der Unterdrückung

der Opposition zu Sanktionen gegen Russland gegriffen. Rein völkerrechtlich sicherlich richtig, aber politisch? Angela Merkel hält eisern daran fest, es dürfe im Europa seit dem Weltkrieg keine



«Heisst es bald wieder der Westen allein gegen Moskau-Peking?»

Grenzveränderungen ohne echte Volksabstimmung geben, und vergisst dabei, dass auch die deutsche Wiedervereinigung ohne Referenda und Volksabstim-

mung geschehen ist. Zudem weigern sich die Europäer, die fortdauernden Kämpfe in der Ostukraine als Separatismus der dortigen prorussischen Mehrheit zu sehen, sondern glauben, dahinter stecke ein Krieg Russlands gegen die Ukraine. Dies aber ist brandgefährlich, denn es könnte Putin in die Arme der Chinesen treiben. Dann hätten wir eine Lage wie in den Sechziger- und Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts: Washington allein gegen eine Achse Moskau-Peking!

HANSMARTIN SCHMID, Dr. phil., ist nach 30 Jahren Print- und 20 Jahren Fernseh-Journalismus seit 1998 für das BT als Kolumnist tätig.



Im Fokus der Medien: US-Präsident Joe Biden und der russische Staatschef Wladimir Putin – begleitet von seinem Aussenminister Sergei Lawrow – beim Genfer Gipfeltreffen in der Villa La Grange. (FOTO KEYSTONE/PETER KLAUNZER)

GASTKOMMENTAR Martin Candinas über die nahe Zukunft der Schweiz

Wir brauchen Lösungen und keine Blockaden

D

Der Bundesrat und das Schweizer Volk haben in den letzten Wochen wegweisende Entscheide getroffen. Der Bundesrat hat beschlossen, die Verhandlungen über das Rahmenabkommen nicht weiterzuführen und somit abzubrechen. Was sich seit Monaten abzeichnete, wurde damit Tatsache. Zu weit auseinander waren am Ende die Positionen der Schweiz und der EU. Gerade Brüssel war nicht bereit, der Schweiz in entscheidenden Fragen entgegenzukommen.

Die grosse Frage ist nun: Wie weiter? Vonseiten der EU hört man bisher nichts Neues. Sicher ist, dass Brüssel alles andere als erfreut ist. Schwer wiegen dürfte, dass zahlreiche Abkommen nicht mehr aktualisiert werden. Branchen wie die Medizintechnik leiden bereits heute unter fehlenden Produktanerkennungen. Solche Fälle dürften sich häufen und Schweizer Unternehmen dadurch gezwungen sein, Nie-

derlassungen im EU-Raum zu eröffnen oder auszubauen. Für ein Scheitern von Verhandlungen braucht es immer zwei. Der Bundesrat und die EU sind nun in der Pflicht. Nicht nur die Schweiz profitiert von der EU, sondern auch die EU von der Schweiz. Zusammen gilt es, neue Wege zu finden. Es gilt, berechnete Souveränitätsansprüche der Schweiz mit den Bedürfnissen der EU zu vereinbaren. Statt konstruktive Vorschläge in der Schweiz zu erarbeiten, pilgern die Linken bereits nach Brüssel. Einige Exponenten fordern sogar Beitrittsverhandlungen mit der EU. Ich frage mich ernsthaft, in welchem Film und wie weit weg von der Realität diese Damen und Herren politisieren. Waren es nicht gerade die linken Gewerkschaften, die sehr wesentlich zum Scheitern des Rahmenabkommens beigetragen haben? Wie möchten die Linken den für sie heiligen Lohnschutz denn als EU-Mitglied sicherstellen?

Leider kommen auch von rechts keine Vorschläge, wie das Verhältnis zu unserem mit Abstand wichtigsten Handelspartner gestaltet und damit konkret – wie der bilaterale Weg – langfristig gesichert werden kann. Stattdes-

sen wird weiter EU-Bashing betrieben. Die EU ist sicher nicht perfekt. Doch ist es sicher auch nicht im Interesse der Schweiz, als Alternative die Beziehungen und Abhängigkeiten von Diktaturen wie China zu verstärken. Auch den Ideen aus der Finanzwelt, lieber dem Modell des weltweit bestens vernetzten und äusserst einflussreichen Stadtstaates Singapur nachzueifern, muss zumindest mit einiger Skepsis begeg-



«Die Schweiz braucht Einigkeit, eine klare Strategie und viel Teamgeist.»

net werden. Die Macht liegt dort de facto in den Händen einer Familie. Dies passt nicht zur direkten Demokratie und zum Föderalismus der Schweiz. Wir müssen jetzt Ruhe bewahren und Alternativen entwickeln, wie wir das gute bilaterale Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz sichern und weiterentwickeln können. Die Mitte ist bereit dazu. Wir wollen einen guten Weg

finden mit unserer wichtigsten Partnerin, der EU!

Die Uneinigkeit beschränkt sich aber nicht nur auf die Aussenpolitik. In entscheidenden innenpolitischen Fragen fehlt es auch an Konsens. Seit Jahrzehnten wartet die AHV auf eine ernsthafte Reform. Wir müssen nun einen kleinen Schritt mehrheitsfähig machen. Das Frauenrentenalter muss jetzt von 64 auf 65 Jahre erhöht werden. Mit einer stufenweisen Anhebung des Rentenalters, mit von der Mitte-Partei eingebauten Ausgleichsmassnahmen für die Jahrgänge, die vor der Pensionierung stehen, und mit einer sanften Erhöhung der Mehrwertsteuer werden wir den Bedürfnissen der Frauen gerecht und stellen die AHV für einige Jahre wieder auf stabile Füsse. Während die Rechte viel weiter gehen will, hat die Linke bereits das Referendum angekündigt. So kann eine erfolgreiche Politik nicht funktionieren! Diese überfällige Reform müssen wir in trockene Tücher bringen und danach die zweite Säule für die Zukunft sichern!

Auch in der Klimapolitik sind neue Ansätze und Lösungen gefragt. Nach dem Nein zum CO₂-Gesetz braucht

es schnell Massnahmen, um trotzdem die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen. Ideen gibt es, allerdings noch bei Weitem keinen Konsens. Die Abstimmung zum CO₂-Gesetz hat gezeigt, dass Grün attraktiv ist, solange man nicht selbst für die Kosten unmittelbar und direkt aufkommen muss. Wenn wir in der Energie- und Klimapolitik weiterkommen wollen, ist der Fokus in Zukunft erst recht auf Anreize, Innovationen und Investitionen, statt auf Verbote, Vorschriften und Einschränkungen zu setzen. Die Schweizer Politik ist sich uneinig, wie es mit der EU weitergehen soll. Uneinigkeit herrscht leider auch in der Renten- und Klimapolitik, obwohl der Handlungsbedarf gross ist. Die Schweiz braucht Einigkeit, eine klare Strategie und viel Teamgeist. Sie muss weiterkommen wollen, wie unsere Nati in diesem EM-Sommer. Dies gelingt nur, wenn alle Spieler es wollen; Bundesrat, Parlament, Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Stillstand bedeutet nämlich Rückschritt und Rückfall in die Mittelmässigkeit! Darum ab durch die Mitte!

MARTIN CANDINAS ist CVP-Nationalrat. Er wohnt in Chur und Rabius.